Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 50 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2,40 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unseres Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 85 — Mittwoch, den 13. April 1921 — 49. Jahrgang

Die Einwohnerwehrfrage im bayrischen Landtage.

(TU) In der gestrigen Sitzung des Staatshaushaltsausschusses des bayerischen Landtages stand die Einwohnerwehrfrage zur Beratung. Im Verlaufe der Sitzung bemerkte Ministerpräsident Dr. von Kahr zu dem Standpunkt, den die Staatsregierung heute zu der Einwohnerwehrfrage einnehme, u. a. folgendes: Grundsätzlich ist, der bewaffnete Selbstschutz ist und bleibt eine vorübergehende Hilfseinrichtung polizeilichen Charakters. Solche Einrichtungen sind auch anderwärts, z. B. in England, Amerika und Italien nicht unbekannt. In dem Maße, als der Staat sich nach und nach stärkt, wird das Bedürfnis nach Entwaffnung des Selbstschutzes aufhören und damit die Einwohnerwehren von selbst wieder verschwinden. Das ist die natürliche Lösung der Entwaffnungsfrage, die unsere Gegner, weil sie Wesen und Ziele unserer Einwohnerwehr verkennen, nach wie vor in ihre große Bedeutung beimessen, die ihr in Wirklichkeit garnicht zukommt. In der Einwohnerwehr liegt ein Instrument für den Schutz im Innern. Sie kann nach ihrer Zusammensetzung garnichts anderes sein und werden. Darüber besteht zwischen der Regierung und den Einwohnerwehrleuten und ihren Führern völlige Uebereinstimmung, was ich mit allem Nachdruck betonen möchte. Ohne die Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung in Deutschland ist jede befriedigende Lösung des Reparationsproblems unmöglich. Der Ministerpräsident erinnerte dann an die Forderungen des Pariser Diktats vom 29. 1., an dessen Ausführung hinsichtlich der Entwaffnung die deutsche Reichsregierung trotz des Abbruches der Londoner Verhandlungen glaubte herangehen zu sollen. Er wies dabei auf die bekannte Note hin, die Vizekanzler D. Heinze am 6. 3. der bayerischen Regierung persönlich überbrachte. Das darin enthaltene Verlangen nach einer positiven Mitwirkung bei der Durchführung der Entwaffnung ging über die Note der bayerischen Regierung vom 6. 2. hinaus, indem sie den Standpunkt vertrat, daß es unmöglich sei, die Entwaffnungs- von der Reparationsfrage zu trennen. Die Forderung, gegenwärtig in den Entwaffnungsfragen der Einwohnerwehren mitzuwirken, stellt die Staatsregierung notwendigerweise vor die Vorfrage: Ist heute bereits die Zeit für die Entwaffnung der Selbstschutzorganisationen gekommen, kann die Entwaffnung der Selbstschutzorganisationen und kann sie ohne Gefahr für die öffentliche Sicherheit und den Bestand des Staates, so wie die Entente es verlangt, durchgeführt werden? Die bolschewistische Gefahr ist fast von Tag zu Tag gewachsen, und in den letzten Wochen ist vor der ganzen Welt offensichtlich zu Tage getreten, daß das bisher behauptete „Unmöglich" durch die Tatsache noch vor der ganzen Welt bewiesen worden. Die Ereignisse haben gezeigt, daß es sich bei der ganzen Ausstandsbewegung in Mitteldeutschland um eine von langer Hand und mit fremder Unterstützung vorbereitete großangelegte Aktion mit dem Ziel des Staatsumsturzes gehandelt hat. Die unmittelbare Gefahr mag gegenwärtig beseitigt sein. Die kommunistische Gefahr wird in verschärftem Maße fortgesetzt werden. Die wirtschaftliche Not wird, je länger sich die Folgen des verlorenen Krieges und des Friedensvertrages von Versailles auswirken, zunehmen und der radikalen Umsturzbewegung mehr noch als bisher Wasser auf die Mühlen leiten. Was wir heute in Mitteldeutschland erlebten, kann sich jeden Tag anderswo wiederholen. Der Ministerpräsident spricht der Mehrheit und allen Führern der Arbeiterschaft seinen Dank aus, weil sie Ruhe und Besonnenheit bewahrt haben. Wir wissen, daß das Vorhandensein von bewaffneten Einwohnerwehren in den letzten Wochen ganz zweifellos eine stark abwehrende Wirkung ausgeübt hat. Wir wissen nicht und niemand kann wissen, wie es gegangen wäre, wenn die jetzt die bewaffneten Einwohnerwehren nicht mehr gehabt hätten. Wir wissen aber bestimmt, daß dann die Situation für die Entfaltung einer kommunistischen Aktion wesentlich leichter gewesen wäre, wenn es zu einer solchen Aktion auch in Bayern gekommen wäre, ob dies die Lage auch außerhalb Bayerns wesentlich erschwert haben würde, da die Schutzpolizei und die Reichswehr nicht ausreichend gewesen wären, den Aufstand niederzukämpfen, wäre heute mit absoluter Sicherheit nicht zu bejahen, mußte doch die Reichsregierung und die preußische Regierung bei dem letzten Aufstand in Mitteldeutschland die Erfahrung machen, daß die Schutzpolizei mit ihrer gegenwärtigen Bewaffnung dieser ernsten Lage gegenüber nicht ausreichte und daß es notwendig sei, ehestens auf eine wesentliche Besserung der Bewaffnung unserer Schutzpolizei hinzuwirken. Die Schutzpolizei genügt, weil man diesmal ohne Einsetzung der Einwohnerwehr ausgekommen sei, und weil in Mitteldeutschland die Reichswehr und die Sicherheitspolizei ausgereicht haben, den Aufstand niederzuwerfen, ist auf Bayern nicht anwendbar, weil sie von einer unrichtigen Fragestellung ausgeht. Die Frage lautet nicht, ob Reichswehr und Sicherheitspolizei ausgereicht hätten, sondern, hätten sie ausgereicht, wenn in Bayern die Einwohnerwehr nicht mehr vorhanden hätte? Werden sie ausreichen, wenn in Zukunft es zu einer noch größeren Aktion kommt und die bayerische Einwohnerwehr nicht mehr besteht? Die Entwaffnung der Einwohnerwehr ist auch gegenwärtig, und gegenwärtig erst recht aus Gründen der natürlichen Selbsterhaltung unmöglich. Zu diesem objektiven Grunde kommt noch der subjektive. Die Selbstschutzorganisationen würden es nicht begreifen, daß der Staat, den sie zu schützen bereit sind, nicht alles daran setzen sollte, wo sich eben gezeigt hat, daß er immer noch in höchster Gefahr schwebt. Aus dieser Erwägung heraus weigert sich [illegible] der Notwendigkeit das, was die bayerische Staatsregierung auf die Note der Reichsregierung vom 23. 3. zu tun hatte. Sie mußte der Reichsregierung darlegen, in genügender Darstellung den Alliierten auseinandersetzen, daß die Durchführung der Entwaffnung gegenwärtig und in dem Zeitmaß, in dem sie von dem Pariser Diktat in Aussicht genommen wurde, nicht möglich ist und verlangen, in eine neuerliche Erörterung der Frage eingetreten. Der Ministerpräsident schloß: Sie werden hoffentlich aus meinen Darlegungen die Ueberzeugung gewonnen haben, daß der Vorwurf unbegründet ist, daß die Haltung der bayerischen Regierung als bloße Halsstarrigkeit abzutun sei, daß sie vielmehr ihren Standpunkt aus wohlerwogenen Gründen der Staatsnotwendigkeit heraus gewählt. Wir müssen abwarten, welches Ergebnis die von der Reichsregierung eingeleiteten Schritte haben werden.

Zur Beisetzung der Kaiserin.

Im Einvernehmen mit dem ehemaligen Oberhofmarschallamt wird folgendes bekannt gegeben: Die Beisetzung der verstorbenen Kaiserin ist als eine Feier für die Familie der Dahingeschiedenen und einen beschränkten Kreis besonders Geladener geplant. Einladungen zu der Feier ergehen ausschließlich durch das ehemalige Hofmarschallamt. Die Karten hierzu werden angesichts der Raumverhältnisse in Potsdam nur in ganz geringer Zahl ausgegeben. Dementsprechend wird auch seitens der Eisenbahnverwaltung nur ein Sonderzug von Berlin nach Potsdam dem ehemaligen Oberhofmarschallamt zur Verfügung gestellt. Im Interesse des Publikums wird hierauf ausdrücklich hingewiesen.

Das Haager Korr. Bureau meldet: Vorbehaltlich etwaiger Aenderungen ist beabsichtigt worden, dem früheren Kaiser und dem Kronprinzen zu gestatten, daß sie die Leiche der verewigten Kaiserin bis zur Station Maarn begleiten (Bahnstation der Linie Amsterdam-Utrecht-Henrich). Es ist jedoch keine Rede davon, daß den beiden Genannten die Erlaubnis zur Begleitung bis an die deutsch-holländische Grenze gegeben wurde.

Den Blätteren zufolge haben sich zur Beisetzung der Kaiserin folgende Fürstlichkeiten angesagt: Herzog und Herzogin von Braunschweig, Prinz Heinrich und Gemahlin, die Kronprinzessin, der Großherzog von Mecklenburg, Prinz und Prinzessin Friedrich Karl von Hessen und der Großherzog von Baden. Generalfeldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff werden ebenfalls an der Trauerfeier teilnehmen.

Wie aus Haus Doorn gemeldet wird, hat entgegen der ursprünglichen Festsetzung die Trauerfeier für die verstorbene Ex-Kaiserin verschoben werden müssen. Sie wird stattfinden in Doorn am Sonntag, den 17. 4., in Potsdam am 19. 4.

Zur Kabinettsbildung in Preußen.

Wie die Blätter mitteilen, sind die Bemühungen des Ministerpräsidenten Stegerwald, das Kabinett in Preußen zustande zu bringen, das von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten reicht, als gescheitert anzunehmen. Stegerwald ist gegenwärtig bemüht, das Geschäftsministerium zu bilden, in dem die drei bisherigen Koalitionsparteien vertreten sind und etwa zwei Ministerien durch Beamte zu besetzen, die der Deutschen Volkspartei nahestehen.

Der V. A. und der Vorwärts stellen folgende preußische Ministerliste auf: Präsidium und Volkswohlfahrt Stegerwald, Inneres Severing, Handel Fischbeck, Kultus Hänisch, Justiz Am Zehnthoff, Finanzen ein Beamter, ebenso Landwirtschaft. Braun, Wirtschaftsminister, wird dem Kabinett ohne Portefeuille angehören. Er wird wahrscheinlich das Vizepräsidium im Staatsministerium übernehmen und gleichzeitig mit der Vertretung Preußens im Reichsrat betraut werden und damit gemäß dem Plane des Reichsministers Koch die Verbindung zwischen Preußen und der Reichsregierung aufrechterhalten.

Um die Festsetzung der deutschen Kriegsschulden.

Die „Times" meldet aus Paris, daß eine neue Note der Alliierten an Deutschland abgehen werde betreffend die Durchführung der Pariser Beschlüsse in kürzester Frist unter Hinweis auf die am 1. Mai eintretende Rechtslage.

(TU) Die Wiederherstellungskommission widmet sich augenblicklich einer doppelten Aufgabe: Festsetzung der Gesamthöhe der Deutschen Schuld u. Festsetzung der Modalitäten der Zahlung dieser Schuld in 30 Jahren. Die mündl. Verhandlungen der deutschen Delegation haben gegen Ende März begonnen und beziehen sich auf alle Folgen der Entschädigung betreffend Kriegsschäden, Personalschäden, Pensionen und Unterstützungen usw. Diese Besprechungen werden morgen zu Ende gehen. Die deutschen Delegierten werden außerdem authorisiert werden, schriftliche Bemerkungen vorzubringen. Neues wird Deutschland nicht mehr vorbringen, es sei denn, daß die Kommission weitere Aufschlüsse haben will. Beim Abschluß eines neuen Kohlenabkommens hat die Wiederherstellungskommission die Höhe der Kohlenlieferung für April auf 2200000 Tonnen festgesetzt. Sachverständige sind in Paris eingetroffen, um das Programm zu besprechen, das vom 1. Mai für die Kohlenlieferung in Kraft treten soll. Sie haben eine Denkschrift übergeben, die eine Herabsetzung der monatlichen Kohlenlieferungen verlangt.

Neue Kriegserklärung Frankreichs an Deutschland?

(TU) „Daily Mail" melden, daß während der letzten Nacht vielfach bei ihnen angefragt worden sei, ob umlaufende Gerüchte von einer neuen Kriegserklärung Frankreichs an Deutschland auf Tatsachen beruhen.

Phantasien über Deutschlands Militärmacht.

(TU) Dem „Daily Telegraph" berichtet der bekannte Oberstleutnant Repington, der kürzlich Deutschland besuchte: Deutschland ist nicht entwaffnet und wird nie entwaffnet sein. Es ist bekannt, daß es 4500000 Gewehre besitzt und einige zehntausend Maschinengewehre, die nicht abgeliefert wurden. Wieviele Kanonen verborgen sind, weiß niemand. Die „Dicke Berta" ist verschwunden. Die Sicherheitspolizei ist eine reguläre Truppe, aber eine Truppe erster Klasse. Sie bildet die Kaders der deutschen Armee. Der Große Generalstab soll noch existieren, aber seine Offiziere befinden sich in Zivil und sind in keiner Offiziersliste vorhanden. In fünf Jahren wird Deutschland seine alte Militärmacht wieder erreicht haben. Das Kriegsmaterial kann es in ein oder zwei Jahren wieder vervollständigen. Ich beschuldige Deutschland nicht einer Angriffsabsicht. Das deutsche Volk ist krank am Kriege, aber die Geschichte und die Tradition in der deutschen Nation bleibt: Die geographische Lage, die Gesinnung und der Geist. Das darf nicht vergessen werden, sondern muß klar beurteilt werden.

Eröffnung des amerikanischen Kongresses.

(TU) Gestern wurde die 76. Session des Kongresses eröffnet. Wie üblich wurde eine ganze Reihe kleiner Gesetzentwürfe eingebracht, worauf die Konstituierung stattfand. Mehr als 100 neue Kongreßmitglieder mußten vereidigt werden. Das Mitglied des Repräsentantenhauses, Julius Kahn-Kalifornien brachte einen Antrag ein, in dem er die sofortige Behandlung des Falles Berchtold-Deutschland verlangte. Präsident Harding ließ durch einen Sekretär eine Einladung an alle Kongreßmitglieder in das Weiße Haus für heute ergehen. Der Sekretär erklärte, daß der Präsident mit der Ausarbeitung seiner Botschaft beschäftigt sei. Er habe diese Ausarbeitung viel schwieriger gefunden, als er angenommen hatte. Die Fertigstellung der Botschaft werde nicht vor morgen früh erfolgt sein.

Amerikanische Darstellung aus der Vorkriegsgeschichte.

Das Mitglied des amerikanischen Senates Philipp Francis veröffentlicht im „Milwaukee Herald" einen Artikel über die Ursachen des Weltkrieges und sagt dabei: Am 15. März 1914 enthielt das „Neue Politische Volksblatt" in Budapest ein Telegramm aus London, das zwar kein großes Aufsehen erregte, aber von den Historikern als eines der charakteristischen Dokumente für das Entstehen des Weltkrieges betrachtet werden muß.

Das Telegramm meldete: „Der serbische Kronprinz weilte in London, wo er nach seinem Petersburger Aufenthalte eingetroffen war. Betrunken rühmte er sich in der Gesellschaft anderer vornehmer Trunkenbolde, daß er soeben mit Sasonow das Attentat auf den österreichischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand vorbereitet habe, wenn dieser seine beabsichtigte Reise nach Bosnien und der Herzegowina ausführen sollte. Der Kronprinz sagte, daß beide davon überzeugt seien, dieser Mord werde zum Kriege zwischen Serbien und Oesterreich-Ungarn Anlaß geben. Die Intervention Rußlands würde dann automatisch folgen, und weitere unvermeidliche Folge würde sein, daß Deutschland seinen Bundesgenossen Oesterreich-Ungarn unterstützen würde, ebenso wie Frankreich seinen Bundesgenossen Rußland." Das „Neue Politische Volksblatt" erhielt diese Depesche am 15. März 1914, und 12 Wochen später unternahm das österreichische Thronfolgerpaar seine Reise, auf der es ermordet wurde, genau so, wie es der betrunkene serbische Kronprinz vorausgesagt hatte. In der Zeit, die bis zum Morde verstrich, wurden, wie die veröffentlichten russischen Dokumente beweisen, russische Truppen, insbesondere aus Sibirien nach Europa übergeführt, und die Regimenter im europäischen Rußland wurden in großem Maßstabe heimlich mobilisiert, während der deutsche Geheimdienst nur sehr ungenaue Nachrichten darüber erhielt. Es gibt zu diese Anzeichen, die keinen Zweifel übrig lassen, daß die französische Regierung genau davon unterrichtet war, daß die Falle, in der die Zentralmächte gefangen werden sollten, bereits gestellt war und im Anfang des Sommers zuschnappen sollte.

Der griechisch-türkische Krieg.

(TU) An der Front von Brussa haben sowohl die Türken wie die Griechen die militärischen Aktionen wieder aufgenommen. Die türkische Kavallerie hat den vorläufig noch ergebnislosen Versuch gemacht, die griechischen Linien zu durchbrechen. Wie verlautet, haben die Griechen einen japanischen Dampfer mit 1000 (eintausend) türkischen Kriegsgefangenen angehalten und in einen griechischen Hafen geschleppt. Eine Beschwerdenote gegen diesen Bruch des Völkerrechtes ist in Vorbereitung. Die Griechen veröffentlichen ihre bisherigen Kriegsverluste in Kleinasien mit 600 (sechshundert) Toten und 3400 (dreitausendvierhundert) Verwundeten.

Die Lage im englischen Bergarbeiterstreik

(TU) Trotzdem die Einigungsversuche im Bergarbeiterstreik fortdauern, gewinnt die Lage allmählich das Ansehen, als ob ein großer Krieg im Anzuge sei. Zahlreiche Abteilungen von Matrosen und Marinesoldaten sind bereits in den öffentlichen Anlagen stationiert. Nicht allein Lebensmittel und andere Vorräte werden gesammelt, sondern auch Munition, Maschinengewehre usw. Auch Kavallerie ist hier und da zu sehen. Militärkraftwagen mit jungen Reservisten durchkreuzen die Stadt. Dem Telephon- und Telegraphendienst sind Tausende von Personen entzogen, die in die Armee eingetreten sind. Der öffentliche Verkehr, vor allem die Briefbestellung, hat darunter sehr zu leiden.

Die englischen Bergarbeiter verlangen einheitlichen Tarif u. Gewinnbeteiligung.

(TU) Der „Daily Herald" meldet, daß in der Konferenz im Handelsministerium zunächst Sir Williams im Namen des Verbandes der Bergwerksbesitzer das Wort ergriff. Er erklärte, daß der Tarif, der den Bergleuten zum 1. April angeboten worden sei, das Höchstangebot darstelle, das die Bergwerksbesitzer augenblicklich machen könnten. Im Namen der Bergleute gab sodann Hodge die Forderungen bekannt. Die Bergleute verlangen einen einheitlichen Tarif für das ganze Land und eine Gewinnbeteiligung. Wenn diese beiden Prinzipien anerkannt werden, sind die Bergleute bereit, über eine Herabsetzung der gegenwärtigen Löhne zu verhandeln. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt werden.

Die Saarbergleute gegen die Feierschichten.

Auf Grund der neuen Eingaben der Bergarbeiterorganisationen vom 30. 3. an die Bergwerksverwaltungen fanden am 6. und 7. April im Sitzungssaale der Bergwerksdirektion zu Saarbrücken neue Verhandlungen statt. Die Organisationsvertreter wiesen in eingehender Begründung ihrer Eingabe ganz besonders darauf hin, daß der Lohnabbau und die vielen Feierschichten von den Bergarbeitern als sehr drückend empfunden und nicht ertragen werden können. Die Verwaltung erklärte, für die augenblickliche Notlage Verständnis zu haben, sei aber nicht in der Lage, die Verhältnisse zu ändern. Es geschehe alles, um den Absatz zu heben, doch habe sie zur Zeit noch mit großen Schwierigkeiten zu rechnen. Mit Bezug auf diejenigen Bergleute, die durch Unfall oder Krankheit verhindert würden, ihren Urlaub am 1. 4. anzutreten, wolle sie entgegenkommenderweise eine Verlängerung der Urlaubsfrist bis zum 1. Juli eintreten lassen. Um den verheirateten Bergleuten entgegenzukommen, sei die Direktion für April bereit, falls mehr als zwei Feierschichten eingelegt würden, den verheirateten Bergleuten für die weiteren Feierschichten als Frauen- und Kindergeld pro Schicht 1 Frank zu zahlen. Die Organisationsvertreter, die auch eine Reihe weiterer Mißstände auf den Gruben zur Sprache brachten und an Hand von Material nachwiesen, konnten sich mit diesem Angebot nicht einverstanden erklären und riefen deshalb zur Schlichtung der Streitigkeiten mit den Unternehmern und Besitzern den Schlichtungsausschuß an.

Tagesereignisse.

— **(Interne Besprechungen der Minister in Berlin.)** Reichsminister Dr. Simons traf gestern mit dem Reichskanzler zusammen zu einer Besprechung mit dem Reichspräsidenten. Die für 1 Uhr nachmittags angesetzte Kabinettssitzung ist auf heute verschoben worden. Gestern fand eine interne Aussprache der Minister über die politische Lage statt.

— **(England gibt Oberschlesien auf.)** England gibt immer mehr sein Desinteressement an Oberschlesien zu erkennen. Es zieht seine Truppen aus Oberschlesien zurück und liefert es ganz dem Einfluß der Franzosen und Polen aus. Der Abtransport der englischen Besatzung soll mit stärkster Beschleunigung erfolgen. Sonntag sind in Benthen bereits eine große Anzahl Abteilungen von Engländern und Schotten zusammengezogen worden. Seit dem Bekanntwerden des Abzuges dieser Truppen nehmen die polnischen Gewalttaten bereits wieder zu. So werden aus Schomburg, Grodullshütte, Bleischarleygrube und Schlesiengrube neue Terrorakte gemeldet.

— **(Eine Einheitsfront der christlichen und nationalen Landarbeiter?)** Die Vertreterversammlung des Schlesischen Verbandes der Landarbeiter und Landarbeiterinnen am Sonntag in Berlin beschloß nach einem Vortrage des Reichstagsabgeordneten Behrens und nach einer regen Aussprache entgegen dem Vorschlage des Vorstandes mit 49 gegen 8 Stimmen aus dem Reichslandarbeiterbund auszuscheiden und sich dem christlich-nationalen Zentralverband der Landarbeiter einzugliedern. Die Vertreterversammlung faßte eine Entschließung, die das gesamte christlich-nationale Landarbeiterschaft Deutschlands auffordert, durch einmütigen Zusammenschluß im Zentralverband eine Einheitsfront aller christlich und vaterländisch denkenden ländlichen Arbeiter zu bilden.

— **(Gewerkschaftsbund nationaler Angestellten.)** Zur Gründung des Gewerkschaftsbundes nationaler Angestellten und des Deutschen Bautechnikerverbandes traten am Sonntag im „Askanier" zu Berlin 30 Vertreter von Angestelltengruppen aus dem ganzen Reiche zusammen. Die nationale wirtschaftsfriedliche Angestelltenbewegung, zu der auch noch der deutsche Guts- und Forstbeamtenbund gehört, tritt ein für christliche und nationale Gesinnung und fordert: Gestaltung der Tarife als Mindestarbeitsbedingungen, Familienzulagen und Bezahlung nach Leistung, Gewinnbeteiligung durch Tantiemen oder durch partätisch geleitete Betriebswohlfahrtskassen (Pensionszuschüsse, Siedlung u. a.) und Kleinaktien. In den Vorstand wurden u. a. gewählt Werkmeister Hille (Siemenswerke Berlin) und Architekt Taubert (Kruppwerke Essen) als Vorsitzende.

— **(Entdeckter Attentatsplan.)** In der Nähe des Jagdschlosses Platte bei Wiesbaden wurde ein Zentner Dynamit gefunden. Im Zusammenhang damit fanden Haussuchungen bei Kommunisten statt. Aus aufgefundenen Schriftstücken geht hervor, daß das Gerichtsgebäude, in dem jetzt das französische Militärgericht tagt, in die Luft gesprengt werden sollte. Das Haus wird fortgesetzt scharf bewacht.

— **(Neue Beschlagnahme der „Roten Fahne".)** Vom Staatsanwalt wurde das Zentralorgan der Ver. Kommunistischen Partei, die „Rote Fahne", beschlagnahmt wegen eines Artikels: Die Henkerjustiz, der sich auf das Wirken der Ausnahmegerichte bezieht. Gleichzeitig wurden auch Teile aus der Rotationsmaschine herausgenommen, um das Weitererscheinen der „Roten Fahne" zu verhindern. Wegen des Artikels wurde das Hochverratsverfahren eingeleitet.

— **Ein Pulvermagazin auf Helgoland explodiert.** Aus Helgoland wird gemeldet, daß dort Montag morgen ein Pulvermagazin infolge Explosion in die Luft flog. Drei Personen wurden getötet, eine schwer verwundet, eine wird vermißt.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 13. April. **(Verschiedenes.)** In der 13. Jahreswoche vom 20. bis 26. März sind im Landkreise Hamm folgende Fälle von übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet worden: Erkrankungen an Genickstarre 2 (Heeßen), Scharlach 1 (Berge), Grippe 1; Todesfälle durch Genickstarre 2 (Heeßen), Tuberkulose 8 (3 Unna, je 1 Methler, Massen, Ardey, [illegible]en, Heeren), Grippe 1. — Im ganzen Reg.-Bez. Arnsberg betrug die Zahl der Krankheitsfälle (Todesfälle eingeklammert) bei Diphtherie 45 (6), Genickstarre 7 (4), Kindbettfieber 5 (5), Körnerkrankheit 3, Tuberkulose (99), Ruhr 1, Scharlach 32, Unterleibstyphus 14 (3), Grippe 22 (13).

(Lehrer-Jubiläum.) Am heutigen Mittwoch blickt Herr Lehrer Ernst Schrimmel auf eine 25jährige Tätigkeit im Dienste der Jugend und damit der Allgemeinheit zurück. Am 15. April 1896 begann Herr Schrimmel seine Tätigkeit an der hiesigen Wilhelmschule. Viel Segen ist aus dieser seiner Arbeit entsprossen; mit Dankbarkeit blicken am heutigen Jubeltage die Schüler von einst und jetzt zu dem bewährten, stets gerechten Lehrer auf. Wieviele von ihnen verdanken ihr Fortkommen dem früheren Lehrer und Freund. Und wie bei der Jugend, so erfreut sich der Jubilar in der ganzen Bürgerschaft dank seiner Hilfsbereitschaft und seines lauteren Charakters allgemeiner Hochachtung, die in den vielen Glückwünschen zum heutigen Tage ihren Niederschlag findet. Die Lehrerschaft Kamens, ehrte den Jubilar in sinniger Weise. Der Männergesangverein „Eintracht" und der Evgl. Kirchenchor Kamen, deren Leiter Herr Schrimmel seit vielen Jahren ist, werden am heutigen Abend ihre Glückwünsche vor dem Hause desselben in Lied und Sang verkünden. Auch wir entbieten dem Jubilar unsere Glückwünsche, verdankt die Redaktion der Kamener Zeitung dem Jubilar doch manchen wertvollen Beitrag aus dem Gebiete des Gesanges und der Musik. Möge Herr Schrimmel in weiteren Dezennien seiner Tätigkeit in Frische und Zufriedenheit nachgehen können, zu seiner Freude und zum Segen anderer.

Das Finanzamt Hamm teilt uns mit, daß bei Steuerpflichtigen die Ansicht besteht, das Einkommen aus Arbeit in der Steuererklärung nicht angeben zu brauchen, weil das Einkommen seitens des Arbeitsgebers dem Finanzamt mitgeteilt sei. Im eigenen Interesse der Steuerpflichtigen muß darauf hingewiesen werden, daß in das Steuererklärungsformular stets das im Kalenderjahr 1920 bezogene Jahreseinkommen unter Angabe von Name und Wohnort des Arbeitgebers einzutragen ist. Die beantragten und nach dem Gesetz zugelassenen Abzüge sind ebenfalls zu vermerken und alle für den Steuerpflichtigen in Betracht kommenden Fragen in dem Formular sind zu beantworten, weil sonst eine ordnungsmäßige Veranlagung ausgeschlossen ist und Schätzungen seitens der Steuerbehörde vorgenommen werden müssen, die den Steuerpflichtigen benachteiligen oder ihm Weiterungen bringen können. Viele Arbeitgeber, darunter große Werke, haben ihren Angestellten und Arbeitern die Bruttojahresbezüge und die gemachten Abzüge, wie sie dem Finanzamt mittels Lohnliste mitgeteilt wurden, auf kleinen Zetteln angegeben. Dieses Verfahren kann zur Nachahmung nur empfohlen werden, weil es die Arbeitnehmer in den Stand setzt, über ihr Einkommen zutreffende Angaben zu machen. Schließlich wird noch darauf hingewiesen, daß die Steuererklärungen am Schlusse der Seite 7 unterschrieben werden müssen, weil nach dem Gesetz Steuererklärungen ohne Unterschrift nicht als abgegeben gelten.

Eine Fahrplan-Aenderung nimmt die Kleinbahn Unna-Kamen-Werne mit dem 15. April vor. Interessenten machen wir auf die Bekanntmachung in heutiger Nummer unserer Zeitung aufmerksam.

(Billige Heringe.) Aus Reichsbeständen sind nach einer Bekanntgabe der Reichsfischversorgung G. m. b. H. im Kleinhandel Salzheringe für 30—60 Pfennig das Stück zu haben. Interessenten werden von dieser billigen Einkaufsgelegenheit gewiß gern Notiz nehmen.

Vom Reichs- und Staatskommissar wird mitgeteilt: Nachdem es sich herausgestellt hat, daß sich bei der bisherigen Auflegung der **Kundenlisten auf den einzelnen Schachtanlagen noch nicht alle Belegschaftsmitglieder haben eintragen** lassen, wird den Säumigen eine äußerste Frist bis Samstag, den 16. April, gesetzt. Bis zu diesem Tage werden die Zechenverwaltungen noch Anmeldungen entgegen nehmen. Nach dieser Frist wird eine Eintragung nicht mehr erfolgen, so daß das Bezugsrecht auf die verbilligten Warenlieferungen zunächst verwirkt wird.

(Städtische kaufmännische Unterrichtsanstalten, Dortmund.) Die städtische Handelsschule beginnt das neue Schuljahr am 13. April. An diesem Tage findet vormittags 8 Uhr in dem Schulgebäude Prinzenstraße 10 die Aufnahmeprüfung für alle später angemeldeten Schüler und Schülerinnen des ein- und zweijährigen Kursus statt, die noch nicht am 24. und 25. März d. Js. geprüft worden sind. Die kaufmännische Pflichtfortbildungsschule beginnt das Schuljahr am 14. bezw. 15. April. Am 14. April werden die neu angemeldeten und nicht nach der Mittelstufe versetzten schulpflichtigen Lehrmädchen um 8 Uhr, alle übrigen um 9½ Uhr und am 15. April die neuen schulpflichtigen und nicht nach der Mittelstufe versetzten Lehrlinge um 8 Uhr, alle übrigen um 9½ Uhr im Schulhause Prinzenstraße 10 eingeschult. Schulpflichtig sind alle männlichen und weiblichen Angestellten, die am 1. April noch nicht 17 Jahre alt sind. Die Lehrherren werden darauf aufmerksam gemacht, die Anmeldung der neu eingetretenen Lehrlinge und Lehrmädchen rechtzeitig bei der Schulleitung (Hiltropwall 19) zu bewirken. Nur bei frühzeitiger Anmeldung ist eine Berücksichtigung besonderer Wünsche möglich. Die wahlfreien Abendkurse beginnen am 22. April, abends 7½ Uhr, im Schulgebäude Prinzenstraße 10. Statt der bisherigen Jahreskurse werden jetzt erstmalig Halbjahreskurse für sämtliche Fächer eingerichtet. Es wird vornehmlich auf die Halbjahreskurse in Stenographie, Maschinenschreiben und Schreiben (Rund-, Lauf- und Lackschrift) aufmerksam gemacht.

(Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp., Barmen.) Die ordentliche Generalversammlung des Barmer Bankvereins vom 7. April 1921 genehmigte die Bilanz, setzte die vom 9. April ab zahlbare Dividende auf 10% fest und erteilte dem Aufsichtsrate sowie der Direktion Entlastung. Die ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrates wurden wieder- und Herr Senator Seitz in Norden neu gewählt. Des durch den Tod am 25. März 1921 aus dem Aufsichtsrate ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes Sr. Exzellenz Freiherr von Rheinbaben wurde von der Versammlung durch Erheben von den Sitzen besonders gedacht. Es wurde die Erhöhung des Grundkapitals um 50 Millionen auf 200 Millionen Mark und dementsprechend die vorgeschlagene Statutenänderung (§ 4, Erhöhung des Aktienkapitals) genehmigt.

(Betriebsratswahl.) Bei der am 8. April auf Zeche Monopol Schacht Grillo stattgefundenen Betriebsratswahl übten von 2094 Wahlberechtigten 1632 ihr Wahlrecht aus. Es entfielen auf Liste I Freie Arb.-Union (Syndikalisten) 417 Stimmen, auf Liste II (Alter Bergarbeiterverband) 883 Stimmen, auf Liste IV (Gewerkverein christl. Bergarbeiter) 327 Stimmen. Es entfallen auf die Liste I 3 Vertreter im Betriebsrat: 1. Emil Beller, 2. Ernst Burgdorf und 3. Heinr. Renner, auf die Liste II 7 Vertreter: 1. Adolf Harlich, 2. Heinr. Niederdellmann, 3. Heinr. Ferkau, 4. Fritz Rabbe, 5. Fritz Menzel, 6. Leonhard Christov und als Ergänzungsmann im Arbeiterrat 7. Gustav Witzoreck, auf die Liste IV 3 Vertreter: 1. Caspar Eggert, 2. Heinr. Klufmüller und als Ergänzungsmann im Arbeiterrat 3. Wilh. Hackländer. 5 Stimmen waren ungültig. Im vorigen Jahre übten von rund 1850 Wahlberechtigten 1273 ihr Wahlrecht aus. Es entfielen dabei auf die Liste Adolf Hartig 435 Stimmen und 5 Vertreter, Caspar Eggert 481 Stimmen und 5 Vertreter, Emil Beller 307 Stimmen und 3 Vertreter. Bei der Wahl der Beamten und Angestellten erhielt die Liste: Steiger Blank 57 Stimmen und 4 Sitze (Gewerkschaftsbund Afa), Steiger Lamm 23 Stimmen und 1 Sitz (Kaufmännischer Beamten-Verein), Versandmeister Heidemann 28 Stimmen und 1 Sitz (Angestellten-Vereinigung).

Dortmund, 12. April. **(Raubüberfall auf einen Goldwarenhändler.)** Ueber einen Raubüberfall schreibt die städtische Nachrichtenstelle: Gestern mittag ½1 Uhr wurde der Goldwarenhändler Adolf Neumann, Steinstraße 51, in seinem Ladengeschäft das Opfer eines Raubüberfalles. Er wurde schwer mißhandelt und geknebelt. Infolge des regen Straßenverkehrs wurden Passanten aufmerksam und die Täter flüchteten schließlich. Einer derselben, der 18jährige Fürsorgezögling Heinrich Kalowim, wurde bei der Flucht festgenommen und abgeführt. Bei der Verfolgung der übrigen Täter nahm der Kriminalwachtmeister Jungjohann einen der Täter, den Arbeiter Paul Klare, fest. Hierbei erhielt er von dem Klare zwei Bauchschüsse und wurde lebensgefährlich verletzt. Der Täter erhielt von dem Beamten einen Fußschuß. Beide sind dem Luisenhospital zugeführt worden. Kalowim befindet sich in Polizeihaft.

Dortmund, 13. April. **(Der Mann mit den drei Frauen.)** Der Bergmann Wilhelm Neuhaus aus Dortmund hat sich während des Krieges im Jahre 1917 in Ratingen verheiratet. Dieser Ehe entstammen zwei Kinder. Nur wenige Tage lebte Neuhaus mit seiner Frau zusammen, dann ging er davon, um nicht wiederzukommen. Er verlor seine Frau und Kinder so vollständig aus dem Gedächtnis, daß er am 25. April 1919 in Mengede eine zweite Ehe einging. Diese Ehe war nicht besonders glücklich, sodaß die zweite Frau die Ehescheidung einleitete. Noch bevor die Scheidung ausgesprochen, nahm sich Neuhaus im Juni 1920 ein drittes Weib. Aus den beiden letzten Ehen stammt je ein Kind. Der wegen Bigamie Angeklagte will so gedächtnisschwach sein, daß er von seiner ersten Ehe nichts mehr wissen will. Die Frau käme, sagte er, ihm bekannt vor, doch könne er sich nicht erinnern, mit ihr zusammengelebt zu haben. Was die zweite Frau anlange, so glaube er, von ihr geschieden zu sein. Die dritte wolle er behalten. Nach dem sachverständigen Gutachten übertreibt Neuhaus so gewaltig, daß ihm überhaupt nicht zu glauben ist. Die Strafkammer sprach eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren gegen ihn aus.

! **Hagen**, 12. April. **(Vereitelter Lohnraub.)** Der Packer Ernst B. von hier, der bei einer hiesigen Firma in Stellung war, hatte sich mit einem anderen verabredet, einen Lohnraub bei seinem Arbeitgeber auszuführen. Zu diesem Zwecke erschien er auf dem Lohnbüro und verlangte von dem Kassierer einen Vorschuß, der ihm aber nicht bewilligt wurde. Er drang nun auf den Kassierer ein, ergriff ihn bei der Kehle und war im Begriff, die Gelder an sich zu nehmen, als die Polizei erschien, die indessen von dem Vorhaben Kenntnis erhalten hatte. Er wurde in Nummer Sicher gebracht.

*

Eine Schlagwetter-Katastrophe auf Konstantin d. Gr.

(W) **Bochum**, 13. April. Eine Schlagwetterkatastrophe auf der Zeche „Konstantin der Große" hat eine Reihe von Todesopfern gefordert. Bis 1 Uhr mittags waren 13 Tote und 5 Schwerverletzte geborgen. In der Grube befinden sich noch einige Knappen. Von den bei der Grubenkatastrophe auf Schacht 6 und 7 Verletzten ist noch einer gestorben. Die Zahl der Toten beträgt nunmehr 14. Von den fünf Verletzten ist der Zustand bei zweien noch bedenkenerregend. Die vorläufige Untersuchung durch die Bergbehörde hat soviel ergeben, daß es sich um eine reine Schlagwetterexplosion handelt. Die Schlagwetter haben sich in einer Auskesselung in der First gebildet und sind vermutlich durch eine Lampe zur Entzündung gekommen. Die amtliche Untersuchung wird fortgesetzt.

*

(bu) **Gelsenkirchen**, 11. April. **(Erfolgreicher Taschendieb.)** Recht erfolgreich hat bei dem letzthin hier abgehaltenen Rennen ein Taschendieb gearbeitet. Wie jetzt bekannt wird, büßte ein Besucher der Rennen eine goldene Uhr mit Kette im Werte von 5700 Mark ein, die ihm geschickt aus der Westentasche gezogen wurde. Von dem Dieb hat man keine Spur.

(g) **Sande bei Delbrück**, 11. April. **Ein Raubüberfall** ereignete sich in der Wohnung des Eisenbahnschlossers Johannes Mertensmeier von hier. Am Abend gegen 8½ Uhr drangen zwei fremde Männer durch ein aufgebrochenes Fenster in die Wohnstube, in der sich die Eheleute M. mit ihren beiden kleinen Kindern befanden. Diese wurden mit der Aufforderung „Hände hoch" empfangen und mit vorgehaltenen Armeepistolen bedroht; sie mußten sich unter scharfen Drohungen, das Gesicht der Wand zukehrend, hinsetzen. Während der eine Räuber den Eheleuten die Pistole entgegenhielt, durchsuchte der andere das ganze Haus. Hierauf fesselte man die beiden Eheleute — dem Mann die Hände mit einer abgerissenen Gardinenschnur auf den Rücken bindend. Nachdem alsdann nochmals eine gründliche Haussuchung vorgenommen war und die Räuber in dem Glauben der Gefesselten von den gestohlenen Wäschestücken usw. unter lautem Singen und Gejohle gesprochen hatten, mußten sich die Eheleute zu Bett begeben. Hier wurden ihnen auch beide Füße zusammengebunden. Die Einbrecher verließen erst um 12½ Uhr nachts die Wohnung.

(g) **Bielefeld**, 11. April. **Vor der Strafkammer** begann ein Strafprozeß, der den Gegenstande die umfangreichen Güterbodendiebstähle und Schiebungen hatte, die im Laufe v. Js. auf dem Bielefelder Hauptbahnhof ausgeführt worden sind, und wodurch die Eisenbahn um mehrere hunderttausend Mark geschädigt worden ist. Es handelt sich um eine Menge von Stückgut, die von Güterbodenarbeitern nach Zerreißung der Frachtbriefe durch zwei Rollkutscher, die mit ihnen gemeinsame Sache machten, ungehindert vom Hauptbahnhof abgefahren und an den Mann gebracht worden ist. Später haben sich zu diesen Leuten noch weitere Personen gesellt, die unter Umfrankierung des Gutes und Ausstellung neuer Frachtbriefe große und wertvolle Stückgüter nach auswärts verschoben. Zwei dieser Helfershelfer waren zwei frühere entlassene Eisenbahnbeamte. Die Spitzbuben haben Weine und ballenweise Woll- und Webwaren sowie Fahrradteile in hohem Werte gestohlen und verschoben. Der Gerichtshof erkannte gegen die Hauptbeteiligten auf Gefängnisstrafen von 3 Jahren bis zu einem Jahre. Ihnen wurden auch noch die bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre aberkannt. Die Hehler wurden zu Freiheitsstrafen von 6 Monaten bis zu 1 Jahre Gefängnis verurteilt.

*

Landesverräterische Millionenschieber und Diebe von Farbenrezepten verhaftet.

** **Essen**, 12. April. In einem hiesigen Hotel wurden der Kaufmann Wagner und der Metzger Beste, beide aus Recklinghausen, verhaftet. Die Verhafteten beabsichtigten, eine große Zahl von Farbenrezepten, die von der bekannten Farbenfabrik Braun in Quedlinburg gestohlen waren, an das Ausland zu verkaufen. Die Polizei hatte von der Sache Wind bekommen und lockte die beiden in ein Essener Hotel, wo sie angeblich einen Käufer finden sollten. Man einigte sich auf den Kaufpreis von einer Million Mark für die Rezepte. Der Kaufvertrag wurde sofort schriftlich niedergelegt. Als die beiden Schieber das Hotel verließen, wurden sie verhaftet. Die Farbenrezepte stammen von dem Kaufmann Schlamm in Quedlinburg, der sie von der Farbenfabrik Braun in Quedlinburg gestohlen hatte. Schlamm legte ein vollständiges Geständnis ab.

Ueber den landesverräterischen Diebstahl berichtet die „Buersche Zeitung" noch folgendes: Die Kriminalpolizei des Amtes Recklinghausen hatte in Erfahrung gebracht, daß der Kaufmann Wagner, Sohn eines Bergwerksunternehmers, und der Metzger Beste, beide aus Recklinghausen, den Plan hatten, Farbenrezepte in großer Auswahl ins Ausland zu verschieben. Geschickt wurden beide mit einem angeblichen Kaufmann in Verbindung gebracht. Fingierte Kaufverhandlungen wurden gepflogen. Der Geschäftsabschluß sollte in einem Essener Hotel stattfinden. Zu diesem Zweck traf ein Essener Kriminalbeamter mit den Recklinghäuser Schiebern zusammen. Die Recklinghäuser boten dem vermeintlichen Kauflustigen 100 Farbenrezepte zum Preise von 20 Millionen Mark an. Es kam ein Teilverkauf der Rezepte in Höhe von einer Million Mark zustande. Beim Verlassen des Hotels wurden Wagner und Beste von bereitstehenden Kriminalbeamten verhaftet. Bei der Vernehmung der Verhafteten stellte sich heraus, daß die

---

Der stille See.

Courts-Mahler.

Nachdruck verboten.

32. Fortsetzung.

Daß zwischen Hans Rochus und seiner Frau noch immer ein kühles, formelles Verhältnis bestand, merkte sie schon in den ersten Stunden. Wie hätte es auch anders sein können. Der übermütige, lustige, tolle Rochsberg und diese steife, unbedeutende Frau mit der steinernen Miene — das gab im Leben keine Harmonie. Hans Rochus tat ihr wahrhaftig leid. Es war einfach ihre Pflicht, ihn ein bißchen aufzumuntern. Wenn sie geahnt hätte, daß Hans Rochus am liebsten gesehen, wenn sie schleunigst wieder nach Hause zurückgekehrt wäre? Es war ihm jetzt geradezu störend, daß er mit Ruth nicht allein sein konnte und immer Hildes neugierige Augen sein Tun beobachteten. Unter diesen Umständen war es doppelt schwer, Ruth näher zu kommen. Und es war eine treibende, unklare Sehnsucht in ihm, das Wesen seiner Frau zu ergründen, sich zu erschließen.

Die geplante Reise nach Berlin hätte er gut noch verschieben können, aber jetzt war es ihm lieb, daß er fort kam.

Vielleicht wurde er fern von Ruth wieder ruhiger. Diese heimliche Unrast ließ ihn in ihrer Gegenwart nicht mehr los. Fern von ihr wurde er vielleicht eher klar, wie er sich ihr gegenüber verhalten sollte.

Als Hilde erfuhr, daß Hans Rochus auf acht Tage nach Berlin reisen wollte, war sie sehr unangenehm überrascht. Sie brauchte nicht mehr zu heucheln, um eine betrübte Miene zu zeigen. Sie saßen zusammen auf der Veranda, welche zu beiden Seiten der Freitreppe die ganze östliche Front des Schlosses einnahm. Gleich darauf verabschiedete sich Hans Rochus von den Damen, um noch einmal einen Inspizierungsritt vorzunehmen, bei der am nächsten Morgen abreisen wollte.

Als er die Treppe hinunterschritt, um Ramiro zu besteigen, den ein Knecht auf und ab führte, hing sich Hilde in seinen Arm.

„Mußt du wirklich jetzt fort, Hans Rochus, gerade jetzt, wo ich in Rochsberg bin?" fragte sie.

Hans Rochus wußte, daß Ruth herüberreiten konnte. Es war ihm unangenehm, daß Hilde sich so an ihn schmiegte. Was mußte Ruth denken?

Dunkle Röte stieg in sein Gesicht. Er fand Hildes Betragen taktlos. Wenn er jetzt die beiden Frauen miteinander verglich, so fiel dieser Vergleich sehr zugunsten Ruths aus.

„Es ist wirklich nötig, daß ich reise, Hilde," sagte er ruhig.

„Ach, dann hättest du mich gar nicht nach Rochsberg einladen sollen. Was soll ich hier, wenn du nicht da bist?"

„Aber, Hilde, Ruth bleibt doch hier."

Sie zog ein Mäulchen.

„Ach — Ruth — weißt du — sie ist doch richtig langweilig — ganz unter uns."

Seine Stirne zog sich kraus.

„Alle Frauen können nicht so quecksilbrig sein wie du", sagte er halb ernst, halb scherzend.

Sie machte große Augen.

„Geh — du willst mich doch nicht glauben machen, daß du Ruth amüsant findest!"

Sein Gesicht verfinsterte sich.

„Gar nichts will ich dich glauben machen, Hilde. Aber ich möchte dich bitten, nicht in diesem Ton mit mir über meine Frau zu sprechen."

Sie lachte leise.

„Armer Hans Rochus, dir scheint die Einsamkeit nicht zu bekommen. Am Ende verliebst du dich aus lauter Verzweiflung in deine eigene Frau. Aber nein, das ist ja unmöglich. Du, der schneidigste, amüsanteste Kavalier — und dieses Bild ohne Gnade!"

Das alles sollte scherzhaft klingen, aber es lag doch genug versteckte Bosheit darinnen, daß Hans Rochus immer finsterer aussah.

Hilde schien es nicht zu bemerken. „Weißt du noch, Hans Rochus —?" Sie weckte vergessene Bilder in seiner Erinnerung.

Hans Rochus fand bei alledem nichts als ein gesteigertes Unbehagen. Er dachte nur an Ruth und warf verstohlene Blicke zu ihr hinauf. Sie saß still und gelassen in ihrem Sessel, nur die helle Röte war in ihr Gesicht gestiegen.

Hildes Betragen erschien ihm fast frivol. Sie war doch ein seelisch verderbtes Geschöpf. Ihre Koketterien blieben aber auf ihn ganz wirkungslos. Er steuerte nun direkt trotz ihrer heimlichen Gegenwehr auf Ramiro los und rief den Reitknecht herbei, der sich mit dem Pferde diskret zurückgezogen hatte.

„Du mußt entschuldigen, Hilde, ich habe Eile fortzukommen", sagte er hart und kalt. Schnell schwang er sich aufs Pferd, grüßte sie höflich und winkte mit aufleuchtenden Augen zu Ruth hinauf.

Hilde war viel zu schlau, um nicht zu merken, daß ihre Pfeile wirkungslos abprallten. Ein wilder Zorn stieg in ihr auf. War denn ihre Schönheit verschwunden, ihr Reiz verblaßt, daß sie keine Gewalt mehr über Männerherzen hatte?

Sie drehte sich um und stieg langsam die Freitreppe wieder hinauf.

Ruth sah ihr mit heimlicher Unruhe entgegen. Sehr gegen ihren Willen erregte sie Hildes Wesen ihrem Manne gegenüber. Forschend streifte sie Hildes Gesicht, als sich diese schweigend, mit zusammengezogenen Brauen in einen Sessel warf.

Schweigend saßen sich die beiden Frauen gegenüber, jede mit ihren eigenen, unerfreulichen Gedanken beschäftigt. Und die Sonne schien so goldig und klar, ringsum war alles in strahlendes Licht getaucht. Wohin das Auge fiel, Schönheit, Licht und Wärme. Dieser Erdenfleck schien geschaffen, glücklichen Menschen eine Heimat zu sein. —

Am nächsten Tage ritte Hans Rochus ab. Als er sich von Ruth verabschiedete, hielt er ihre Hand länger und fester als sonst. Zum erstenmal fiel ihm der Abschied von ihr schwer. Es war, als ob er ihr noch etwas zu sagen hätte, etwas Warmes, Liebes. Nur die rechten Worte fand er nicht, um seinem Empfinden Ausdruck zu geben. Und da er noch danach suchte, trat Hilde heran.

„Teures Weib, gebiete deinen Tränen", zitierte sie höhnisch. Da war die gute, weiche Stimmung verloren. Die beiden Gatten tauschten höfliche Abschiedsworte. Hans Rochus küßte den Damen die Hand und stieg in den Wagen. Gleich darauf fuhr er davon. Aber er sah noch einmal zurück, und sein Blick suchte nicht das schöne Gesicht Hildes, sondern er ruhte mit forschender Unruhe auf dem stillen Antlitz seiner Frau. Es war kühl und unbewegt wie immer.

Die beiden Damen wußten so recht nichts mit einander anzufangen. Ruth bot zwar alles auf, Hilde zu unterhalten, aber es fiel ihr noch schwerer als sonst. Sie war innerlich von einer quälenden Unruhe befallen. Hildes Verhalten ihrem Manne gegenüber gab ihr zu denken. Seit Hans Rochus fort war, schien aller Frohsinn von der jungen Dame genommen.

Als sie eines Tages wieder Hilde gegenüber saß und ihr verstimmtes Gesicht blickte, drängte sich ihr der Gedanke auf, warum sie wohl die Verlobung mit Kracht gelöst haben mochte. Daß sie ihn nicht liebte, hatte sie doch vorher gewußt.

Wie war es gekommen, daß sie bis kurz vor der Hochzeit wartete, ehe sie ihm den Ring zurückgab? Der Wunsch, Hilde danach zu fragen, erwachte in ihr, und ehe sie sich recht überlegt hatte, warum sie das mit einemmal so dringend interessierte, hatte sie die Frage ausgesprochen.

„Wie kam es eigentlich, Hilde, daß du Kracht aufgabst?"

Hilde machte ein böses Gesicht. Was hatte Ruth danach zu fragen? Weshalb rührte sie an dieser unangenehmen Sache? Doch nur, um sie zu kränken. Vielleicht weil sie eifersüchtig war

(Fortsetzung folgt.)

Vermittler ein Halberstädter Juwelier und der Wirt Wolters in Quedlinburg sowie der Kaufmann Wilhelm Schlamm zu Quedlinburg waren. Die angebotenen Farbenrezepte waren der bekannten Farbenfabrik Wilhelm Braun in Quedlinburg entwendet worden. Schlamm gestand, während seiner Beschäftigung in der genannten Fabrik sich 180 Abschriften von Farbenrezepten nach und nach angeeignet und diese in seiner Wohnung abgeschrieben zu haben. Er habe beabsichtigt, als Teilhaber in eine Farbenfabrik einzutreten und die Farbenrezepte als Kapitalsanlage mitzubringen. Zwecks Verwendung der Rezepte trat er mit dem Wirt Wolters in Verbindung, dem er sämtliche Abschriften der Rezepte und vier Tafeln mit Musterfarben aushändigte. Nach einiger Zeit teilte Wolters dem Schlamm mit, daß er durch einen Hamburger Herrn mit einem Interessenten in Dänemark in Verbindung stehe. Ende Januar dieses Jahres erhielt Schlamm von Wolters die Hälfte der überreichten Farbenrezepte wieder zurück mit dem Bemerken, daß sich der Verkauf in Dänemark zerschlagen habe. Schlamm will nun, die Gefährlichkeit des Unternehmens erkennend, die zurückerhaltenen Abschriften in seiner Wohnung verbrannt haben. Wolters hatte sich zur Veräußerung der restlichen Rezepte an einen ihm bekannten Halberstädter Goldwarenfabrikanten gewandt. Dieser sprach wieder mit dem ihm bekannten Kaufmann Wagner in Recklinghausen wegen Unterbringung der Farbenrezepte. Wagner erhielt einen Teil der Rezepte, die der Braunschen Fabrik gestohlen worden waren, zugesandt. Die Rezepte stellen einen vielfachen Millionenwert dar, der sich zahlenmäßig gar nicht ermessen läßt. Die Braunschen Farbenrezepte beruhen auf 45jähriger Erfahrung und sie bedeuten das Ergebnis einer großen Summe von Arbeit und von vielen kostspieligen Versuchen. Es wurden Rezepte entwendet für die Herstellung von Stoffarben, Blusenfarben, Kreme- und Konditorfarben, von Holzbeizen sowie ein Teil der Rezepte für die Herstellung von chemischen Farben. Im europäischen Ausland gibt es keine ähnliche Fabrik von der Bedeutung der Braunschen, sodaß die deutsche Industrie, namentlich die Braunsche Fabrik, den Auslandsmarkt beherrscht; sie sandte regelmäßig für viele Millionen Farben ins Ausland. Es ist nicht zu ermessen, welchen Schaden der deutschen Farbenindustrie und damit auch der deutschen Angestellten- und Arbeiterschaft zugeführt worden wäre, wenn die Täter ihren Plan hätten ausführen können. Es ist ein hohes Verdienst der Kriminalpolizei des Amtes Recklinghausen, die Ausführung des unerhörten Planes noch rechtzeitig unterbunden zu haben.

*

.." Elberfeld, 11. April. Den 4041 Elberfelder Bürgern, die im Verlauf des Weltkrieges ihren Wunden und Krankheiten erlegen sind, soll auf dem Ehrenfriedhof ein würdiges Ehrendenkmal errichtet werden. Von einer Vertreterversammlung der dafür in Betracht kommenden Verbände und Vereine wurde ein Arbeitsausschuß gebildet, der Vorbereitungen zur Ausschreibung für einen Wettbewerb für das Denkmal treffen soll.

** Düsseldorf, 9. April. (Unter fremder Herrschaft.) Wie wir hören, beabsichtigt die Hauptverwaltung der Gelsenkirchener Gußstahl-Eisenwerke, deren Düsseldorfer Verwaltungsgebäude von der französischen Besatzung beschlagnahmt wurde, ihren Sitz in die Zentrale nach Gelsenkirchen zu verlegen.

Das Gesetz über den Volksentscheid.

Der Reichsrat stimmte bekanntlich dem Gesetzentwurf über den Volksentscheid zu. Danach findet der Volksentscheid statt:

1. Wenn der Reichspräsident den Entscheid über ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz binnen einem Monat nach der Beschlußfassung anordnet.
2. Wenn ein Drittel des Reichstages verlangt hat, daß die Verkündung eines Reichsgesetzes um zwei Monate ausgesetzt werde und innerhalb der Frist ein Zwanzigstel der Stimmberechtigten den Volksentscheid beantragt hat.
3. Wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten die Vorlegung eines Gesetzentwurfes begehrt hat und der begehrte Gesetzentwurf im Reichstag nicht unverändert angenommen worden ist.
4. Wenn der Reichspräsident bei Meinungsverschiedenheit zwischen Reichstag und Reichsrat über ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz den Volksentscheid darüber anordnet.
5. Wenn der Reichstag entgegen dem Einspruch des Reichsrats eine Verfassungsänderung beschlossen hat und der Reichsrat binnen zwei Wochen den Volksentscheid verlangt.

Die Reichsregierung bestimmt den Abstimmungstag durch Bekanntmachung im „Reichsanzeiger". Abstimmungstag ist der Sonntag oder ein öffentlicher Ruhetag. Bei der unmittelbaren und geheimen Abstimmung ist das Wahlrecht zum Reichstag maßgebend. Die Vorschriften des Reichswahlgesetzes über die Bildung von Wahlbezirken finden entsprechende Anwendung.

Zur Verwendung der Dieselmotoren.

Wie erinnerlich, hat die Marinekontrollkommission der Entente im Herbst 1920 die Verwendung aller Dieselmotoren von Deutschland verlangt. Auf den deutschen Protest hat sich bekanntlich die Botschafterkonferenz damit einverstanden erklärt, daß die Dieselmotoren bis zum 31. März 1921 in der deutschen Wirtschaft untergebracht werden könnten, im übrigen aber hat sie sich die Entscheidung über diejenigen Motoren vorbehalten, die bis zu diesem Zeitpunkt nicht in das Wirtschaftsleben überführt worden seien.

Die deutsche Regierung hat in ihrer Antwort auf die Entscheidung der Botschafterkonferenz grundsätzlich festgestellt, daß nach dem Friedensvertrag die Dieselmotoren überhaupt der Kontrolle der Entente nicht unterstehen und sich im übrigen bereit erklärt, nach Ablauf der Frist der Botschafterkonferenz eine Liste der Motoren vorzulegen. Diese Liste ist am 31. März der Marinekontrollkommission übergeben worden. Sie weist insgesamt 422 Motoren nach, davon 31, die auf U-Booten nach Beendigung des Krieges entfernt worden sind, 105 die bei Abschluß des Waffenstillstandes fertig, aber noch in die U-Boote eingebaut worden waren, 267, die zu Beginn dieses Zeitpunktes noch nicht fertig gestellt waren und später für Handelszwecke umgearbeitet worden sind, sowie endlich 19 aus den älteren U-Booten, die bereits zur Zeit des Waffenstillstandes abgewrackt waren. Von diesen 422 Dieselmotoren waren am 31. März 4 zerstört, da sie für einen Umbau nicht mehr in Frage kamen, 345 sind für Handelszwecke verkauft worden und nur 70 sind zurzeit noch unverkauft.

Eine englische Stimme über die Zwangsmaßnahmen.

Outlook schreibt in einem „Die wilden Männer in Paris" überschriebenen Artikel, die meisten Engländer seien seit langem der Ansicht gewesen, daß die am Rhein getroffenen Maßnahmen für niemand von Vorteil seien. Die 50prozentige Einfuhrabgabe werde von allen englischen Geschäftsleuten und Bankiers als „teuere Farce" und als ein Schnitt in das eigene Fleisch angesehen. Man könne darüber, was die Franzosen unter den jetzt geplanten „wirklichen" Zwangsmaßnahmen meinen, nur erschrecken. Das militärische Abenteuer auf dem Kontinent zu dieser Zeit würde Mitteleuropa wieder in das Wirtschaftschaos zurückwerfen, aus dem es eben angefangen habe, herauszukommen.

In einem anderen Artikel von Outlook heißt es, die Ansicht der amerikanischen Geschäftswelt sei die, daß Deutschland der Angelpunkt Zentraleuropas sei und daß, bevor Deutschland sich nicht erholt habe, an der wirklichen wirtschaftlichen Erholung von England, Frankreich, Italien oder der kleineren Staaten nicht gedacht werden kann, daher auch nicht an eine Vermehrung des Handels der Vereinigten Staaten mit Europa. Hohe amerikanische Beamte vom besetzten Gebiet hätten nach Washington gemeldet, daß infolge des Vormarsches der Truppen am Rhein, sowohl der alliierte als auch der deutsche Handel Schaden erlitten habe.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!

(DZB) Bei der Uebernahme des Kommandos in Düsseldorf ließ der zum Nachfolger des Generals Gaucher ernannte Befehlshaber der 5. französischen Kavalleriedivision, General Hemmorgue, durch seinen Adjutanten den Spitzen der deutschen Behörden eine Ansprache verlesen, die in die folgenden Worte ausklang:

Als Sohn des siegreichen Frankreichs bringe ich die hohen Ideale der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, die das französische Banner in seinen Falten bereits seit mehr als einem Jahrhundert durch ganz Europa getragen hat, mit. Ihre Freiheit wird also geachtet werden unter der Bedingung, daß sie die Sicherheit meiner Truppen nicht bloßstellt, und daß sie die Ordnung nicht stört. Die Gleichheit wird sich durch gleiche Gerechtigkeit für alle an den Tag legen. Was die Brüderlichkeit betrifft, so wird sich die unsrige leicht den bescheidenen Tugenden derer zuwenden, die sich plagen und die leiden. Andererseits wird es an denen sein, die diesen abscheulichen Krieg heraufbeschworen haben, die Brüderlichkeit aufkeimen zu lassen, indem sie sich bestreben, uns die Grausamkeiten vergessen zu lassen, die ihre Armeen in Nordfrankreich und Belgien begangen haben, in jenen Ländern, die sie systematisch und auf Befehl verwüstet haben. Es wird an ihnen sein, den zahlreichen Unterschriften Ehre zu machen, die sie seit dem Tage gaben, wo ihre Regierung und ihre militärischen Führer die Niederlage Deutschlands anerkannten. Wohlwollend wird mein Wohlwollen nicht bis zur Schwäche herabsinken. Wer meinen Befehlen sich nicht fügt, oder wer sich ihnen widersetzt, wird Gegenstand strenger Maßregeln werden. Vergessen Sie nicht, daß Recht über Gewalt geht, aber nur unter der Bedingung, daß die Gewalt dem Rechte zur Verfügung steht. Ich verfüge über beide. Das soll Ihnen sagen, daß das Recht geachtet werden wird.

Wilson als betrogener Betrüger.

Stephan Lauzanne veröffentlicht eine außerordentlich bemerkenswerte Depesche aus Neuyork, aus der man ersehen kann, mit welchem Leichtsinn die sogen. Pariser Friedenskonferenz gearbeitet hat. Aus dieser Depesche erfährt man, wie die Frage von Yap am 7. Mai 1919 entschieden worden ist. Man hatte in dem Rate der Vier den Antrag gestellt, einige der Inseln des Pazifischen Ozeans Japan zuzuweisen. Wilson erörterte die Frage nicht, sondern sagte einfach: Ich werde sehen! Am Abend selbst wurden Wilson 250 bis 300 Dokumente zugesandt. Eines darunter wies auch Japan alle Inseln zu. Wilson beachtete das Schriftstück nicht, er legte es beiseite, unterzeichnete es aber niemals. Aber der Generalsekretär der Konferenz war der Ansicht, daß die Wilson gemachten Mitteilungen, auf welche keine Antwort erfolgte, einer Zustimmung gleichbedeutend sei. Diese Theorie erkennt Hughes nicht an. Als Wilson den Betrug erkannt hatte, dessen sich die andern Mitglieder des Rates der Vier schuldig gemacht hatten, protestierte er, und in der Botschafterkonferenz tat der Botschafter Wallace das gleiche. Der Botschafterrat ging aber zur Tagesordnung über, und der Rat des Völkerbundes überwies das Mandat einmütig an Japan. Diese Tatsache ruft bei Republikanern und Demokraten Protest hervor. Hughes spricht darüber in wenig nachsichtigen Worten und macht auch keinen Unterschied zwischen der Botschafterkonferenz und dem Rate des Völkerbundes. Für ihn sind Leon Bourgeois und Cambon einfach Franzosen, die im Namen der französischen Regierung handelten, und er glaubt, daß die französische Regierung für ihre Handlung verantwortlich sei. Hughes glaubt auch, daß man bis zum 4. März hätte warten können, um die Frage von Yap zu entscheiden. In materiellen Dingen der Kabel- und der Petroleumfrage wünscht Amerika, daß keine Zuteilung an eine bestimmte Macht erfolge, sondern daß alle Mächte Zutritt haben sollen.

Kundgebungen gegen die Teilung Oberschlesiens.

Die vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier, Ortsgruppe Karlsruhe, veranstalteten Sonntag eine machtvolle Kundgebung gegen die etwa beabsichtigte Lostrennung Oberschlesiens durch die Alliierten. Oberbürgermeister Dr. Friter wandte sich mit entschiedenen Worten gegen die Versuche, das Abstimmungsergebnis durch Spitzfindigkeiten zu fälschen. Oberschlesien sei ein untrennbarer Bestandteil Deutschlands und eine in sich unteilbare Einheit. Wenn es noch eine Gerechtigkeit gebe, dann müsse Oberschlesien bei Deutschland belassen werden. Es wäre eine Versündigung an der Menschheit, ein Raub, der aller Vernunft ins Gesicht schlage, wenn man dem deutschen Reiche dieses Kleinod entreiße. Das dürfe nicht sein. Oberschlesien müsse ein untrennbares Ganzes bleiben. Der Ansprache folgte ein lebhafter Beifall. An den Reichskanzler wurde eine im Sinne der Ansprache gehaltene Entschließung gesandt.

In München sind im Mathäser-Festsaal eine Massenversammlung statt, die gegen die Bestrebungen, Oberschlesien zu teilen, und gegen den polnischen Terror Stellung nahm. Dr. Kleiner aus Kattowitz gab in längerer Rede ein packendes Bild von den Abstimmungskämpfen in Oberschlesien und wies darauf hin, daß der Sieg in Oberschlesien größer sei, als es scheine, da er errungen sei trotz des polnischen Terrors und trotz aller List, mit der die Franzosen ihren polnischen Freunden zu Hilfe gekommen seien. Redner schloß, alle Versuche, Recht und Gerechtigkeit zu vergewaltigen, müßten am geschlossenen deutschen Willen scheitern. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, unbeugsam festzuhalten an der Unteilbarkeit Oberschlesiens und dessen sofortige Rückgabe an das Reich.

In Breslau fand auf dem Schloßplatz ebenfalls eine Massenkundgebung statt. In Massen hatte sich die Bevölkerung eingefunden. Alle Stände und alle politischen Lager waren vertreten, ebenso die Spitzen der Behörden. Fünf Redner der verschiedenen Parteien hielten Ansprachen. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der gefordert wird, daß Oberschlesien unserem Vaterlande auf ewig ungeteilt erhalten bleibe.

Hindenburg zu Ludendorffs Geburtstag.

Zu General Ludendorffs 57. Geburtstag stellte Generalfeldmarschall v. Hindenburg der „München-Augsburger Abendzeitung" folgende Zeilen zur Verfügung: „Am 9. April, dem Geburtstage Ludendorffs, gedenke ich so ganz besonders meines treuen Waffengefährten. Beseelt von glühender Liebe zu Thron und Vaterland, kühn, zuversichtlich und verantwortungsfreudig aber in der Beurteilung der Lage, ein Meister in der Anordnung der Operationen und in der Schaffung wie Verwendung der Kampfmittel, an unermüdlicher Tatkraft, so stand er mir zur Seite in allen Stürmen des jahrelangen Ringens gegen eine Welt von Feinden. Das kann ich ihm nie genug danken! Möge sich bei uns die Erkenntnis von der Bedeutung und dem Wert einer solchen Persönlichkeit manchen unerfreulichen Anfeindungen gegenüber immer mehr klären, und möge es Deutschland in künftigen schweren Zeiten nicht an Männern fehlen, die gleich Ludendorff ihr ganzes Denken und Tun selbstlos nur einem Ziele weihen; dem Sieg unserer Fahnen, dem Wohle des Vaterlandes! v. Hindenburg."

Neue Demonstrationen gegen die hohe Gewerbesteuer in Hannover.

Die Parteigegensätze in den städtischen Kollegien haben sich nach den Kundgebungen der Gewerbetreibenden gegen die hohe Gewerbesteuer so verschärft, daß es zu neuen großen Demonstrationen kam. Die Sozialdemokraten versammelten auf dem Klagesmarkt etwa 30 000 Arbeiter, die nach dem Rathaus zogen, wo nach einer Ansprache eine Entschließung angenommen wurde, die dem Oberbürgermeister Leinert übergeben wurde und die eine direkte Verteilung der Lasten fordert. Später fanden in der Stadthalle stark besuchte Bürger-Versammlungen statt, in denen an der Mißwirtschaft in der städtischen Verwaltung scharfe Kritik geübt wurde. Stadtdirektor a. D. Tramm führte u. a. aus: Bei der Beratung städtischer Angelegenheiten sollten die bürgerlichen Parteien alle Unterschiede beiseite lassen und sich darauf besinnen, daß wir nur alle das gleiche Interesse haben, den sozialistischen Tendenzen entgegenzuwirken, die uns in den Abgrund führen müssen. Wir gehen nicht darauf aus, die Mehrheitssozialdemokratie zu verletzen. Wir wissen ganz genau, daß wir ohne sie nicht weiterkommen. Aber wir wollen uns nicht zu ihnen herüberziehen lassen, sondern es kommt uns darauf an, daß wir die Sozialdemokratie zu einer richtigen wirtschaftlichen Auffassung bekehren. In einem dauernden Kampfe mit der Sozialdemokratie würde für uns kein Heil liegen, aber was ich will, ist, ihre Irrlehren ad absurdum zu führen. Es sei ein Unglück, wenn die Geschäfte geleitet würden von Leuten, die keinen Beruf dazu haben. Für die absolute Unfähigkeit, finanzielle Gedanken durchzudenken und mit den Interessen der Stadt in Einklang zu bringen, bilde die Erwerbung des Opern- und Schauspielhauses ein Musterbeispiel, dessen Uebernahme der Stadt jährlich ca. 4 Millionen Mark koste. Wie hier im großen, so gehe es überall im kleinen. Das wundeste Kapitel sei aber die Ausgabe von Geldern ohne Bewilligung des Bürgervorsteherkollegiums. Unter vielfachen Zurufen aus der Versammlung verbreitete sich der Redner dann über die Geschichte der Hawigeh und legte dar, wie man aus dieser für die Verwertung von Heeresgut gegründeten Gesellschaft eine Konkurrenz für Kaufleute und Handwerk geschaffen habe. Wenn die Regierung sich nicht um solche Dinge kümmere, dann brauche man überhaupt keine Aufsichtsbehörde mehr. Die jetzige Verwaltung sei nicht imstande, die Finanzen der Stadt so zu verwalten, wie es für die Zukunft Hannovers erforderlich sei. Die Schuldenlast der Stadt nehme zu, Hannover sei finanziell eine gesunde Stadt gewesen. An der Bürgerschaft liege es, dafür zu sorgen, daß sie auch wieder auf gesunde Bahnen gebracht werde. — Senator a. D. Dr. Menge sagte: Als Herr Leinert an die Spitze des Magistrats berufen wurde unter dem Zwang der Gewalt der Maschinengewehre, da war sich jeder Mensch, der nachdenken konnte, darüber klar, daß dieser die erforderlichen Kenntnisse eines Oberhauptes einer Stadt Hannover nicht besitze. Und dies muß man ihm wohl als mildernde Umstände anrechnen. (Heiterkeit.) Er habe es sich aber dann zuschulden kommen lassen, Millionen und wieder Millionen auszugeben ohne Zustimmung der Bürgervorsteher. Millionen, die nun verloren seien. Er habe zwei große Fehler begangen, und das waren die Einverleibung der Stadt Linden in die Gemeinde Hannover und die Uebernahme des Opern- und Schauspielhauses. Der Redner führt dann weiter aus, wie bei den Lebensmitteleinkäufen die Stadt schweren Schaden erlitten und viele Millionen verloren habe. Ein einziger Güterzug von Marmelade hätte die Stadt um 3 666 000 Mark geschädigt. Nach weiteren Ausführungen wurde eine Entschließung angenommen, in der u. a. für den Herbst Neuwahlen gefordert wurden.

Streikkleber.

Kaum ist es gelungen, den Frankfurter Transportarbeiterstreik zu beendigen, so ist auch schon ein neuer Transportarbeiterstreik in Offenbach entbrannt, der unter Umständen noch weitere Streiks nach sich ziehen kann. Beim Frankfurter Streik war es angesichts der ablehnenden Haltung der Arbeitgeber gegenüber den weitgehenden Forderungen der Arbeitnehmer nur dadurch möglich, zu einer Verständigung zu kommen, daß die Frankfurter Meß- und Ausstellungs-G. m. b. H. sich bereit erklärte, ihrerseits 350 000 Mark zu einer Verteilung an die 8000 Streikenden nach bestimmten Richtlinien bereitzustellen. Der Aufsichtsrat der Messe hat sich zu diesem großen Opfer nur deshalb verstehen können, weil eine Fortdauer des Streiks die Eröffnung der Internationalen Messe unmöglich gemacht und damit das Unternehmen, das noch in seinem Anfang steckt, vielleicht ganz zugrunde gerichtet haben würde. Nun drohen auch noch Streiks der Gasthaus- und der Kaffeehausangestellten, die nach Leipziger Vorbild die Zwangslage der Arbeitgeber während einer Messe ausnutzen möchten. Auch in Bad Nauheim ist es zu einem Streik gekommen, der den Kurhausbetrieb schädigt, nämlich zur Arbeitseinstellung der Musiker der Kurkapelle, weil der hessische Staat als Eigentümer des Bades die Forderungen nicht bewilligt hat. Endlich droht ein Streik auf dem Braunkohlenbergwerk Zeche Gustav bei Offenbach, durch den unter Umständen die Elektrizitätsversorgung der Stadt Offenbach und einer größeren Anzahl Gemeinden gefährdet wird. Das Vorgehen des Betriebsrats dieser Zeche richtet sich gegen den Direktor des Werkes; bei einer Abstimmung haben 877 Arbeiter für Entfernung des Direktors und nur fünf dagegen gestimmt. Obwohl der Streik noch nicht ausgesprochen ist, übt man bereits passive Resistenz.

Mitteilungen des Lebensmittelamtes der Stadt Kamen.

Ausgabe neuer Brotkarten am Donnerstag, den 14. ds. Mts., von 3—5 Uhr nachmittags, im Hausemannschen Saale — Eingang Kampstraße.

Ausgabe von Auslands-Butter. Auf die Bezugsabschnitte Nr. 10 der Lebensmittelkarten entfallen je 70 Gramm Auslands-Butter. Die Abschnitte sind bis Donnerstag, den 14. ds. Mts., an die Geschäfte abzugeben. Die Geschäfte haben die gesammelten Abschnitte am Freitag, den 15. ds. Mts., vormittags von 8—12 Uhr dem Lebensmittelamt einzureichen.

Für Lungenkranke werden am Sonnabend, den 16. ds. Mts., in [illegible] B. Thiel, Oststraße, je 250 Gramm Butter verausgabt. 1777

Weitere Nachrichten.

— **(Wiedereröffnung des Reichstages am 20. April.)** Präsident Loebe hat die nächste Reichstagssitzung, wie ursprünglich geplant, auf Mittwoch, den 20. April, nachmittags 3 Uhr, anberaumt. Auf der Tagesordnung stehen hauptsächlich Berichte verschiedener Ausschüsse und Beratungen über einige kleinere Gesetzentwürfe. Der Präsident behält sich ausdrücklich vor, weitere Gegenstände auf die Tagesordnung zu setzen.

— **(Gegen die Frankenwährung im Saargebiet)** Wie wir erfahren, ist eine Note der Reichsregierung wegen der Einführung der Frankenwährung im Saargebiet in Vorbereitung.

— **Ein Landesverräter.** Der frühere Rittmeister der staatlichen Polizeiwehr in Ingolstadt Michael Sueß, der den Festungsplan von Ingolstadt an die Nürnberger Kommunisten verkaufen wollte, wurde verhaftet. Er war durch einen Bekannten verraten worden.

— **25 000 Mark Belohnung für Ergreifung des Straußberger Räubers.** Die Ermittlungen wegen des Raubüberfalls auf den Personenautomobilomnibus bei Straußberg führten zu der Feststellung, daß als Haupttäter bei diesem und einer Reihe anderer Ueberfälle in der Mark, ein gewisser Max Marzahn in Frage kommt. Auf die Ergreifung Marzahns und seiner Bande ist jetzt eine Gesamtbelohnung von 25 000 Mark ausgesetzt worden.

— **122 000 Mark geraubt.** In Rostock wurde in der Allgemeinen Ortskrankenkasse eingebrochen, wobei 122 000 Mark aus dem Geldschrank geraubt wurden. Allem Anschein nach waren drei Einbrecher tätig, die den Geldschrank demolierten und so das Schloß freilegten und den Geldschrank öffneten. Von den Dieben fehlt jede Spur.

— **Ein Beleidigungsprozeß Scheidemanns.** Der Verleger der „Süddeutschen Markthalle" hat in einem Artikel über die Zwangswirtschaft unter anderem gegen Philipp Scheidemann den Vorwurf der Protektionswirtschaft erhoben und war deshalb wegen Beleidigung von der Strafkammer angeklagt. Der Beschuldigte gab eine Erklärung ab, daß er den Vorwurf als unbegründet mit Bedauern zurücknimmt. Er trägt die gesamten Kosten und verpflichtet sich zur Veröffentlichung des Vergleiches u. a. in den Frankfurter Nachrichten und in der „Deutschen Tageszeitung", worauf der Nebenkläger Scheidemann besonderen Wert legte.

— **2000 Uhren für eine Fürstin.** Aus Genf wird berichtet: Die Begum, die regierende Fürstin von Bhopal, einer reichen Provinz in Mittelindien, hat für ihre Untertanen bei einem Genfer Uhrenfabrikanten zweitausend Uhren bestellt. Vor 9 Jahren mußte dieselbe Firma der Begum bereits 5000 Uhren liefern. Die Fürstin hat diese Bestellungen aus volkspädagogischen Rücksichten gemacht; sie will ihre Untertanen an Pünktlichkeit gewöhnen. Bhopal ist der einzige Staat in der Welt, wo das verantwortungsvolle Amt des Herrschers nur Frauen tragen dürfen. Dieses Ueberbleibsel des Mutterrechtes hat sich bloß in dieser indischen Provinz erhalten.

Kleine Nachrichten.

Gestern nachmittag hat das 34. französische Kolonialregiment Toulon verlassen, um sich nach dem besetzten Gebiet zu begeben. Es zählt 1800 Mann.

Nach eingetroffenen Berichten sind in Hamborn, Duisburg und Ruhrort französische Zollbeamte eingetroffen.

„Chikago Tribune" bringt die Meldung, daß der deutsche Exkaiser Wilhelm erklärt habe, daß er sich nach Brasilien begeben werde, um dort seinen endgültigen Wohnsitz zu nehmen.

Die brasilianische Regierung teilt mit, sie werde die in Brasilien beschlagnahmten deutschen Schiffe behalten und den Wert von ihrer Entschädigungsforderung an Deutschland in Abzug bringen.

Zur Gründung eines Gewerkschaftsbundes nationaler Angestellten und des deutschen Bautechnikerverbandes als Fachgruppe desselben traten am Sonntag, den 10. April, im „Askania" zu Berlin 50 Vertreter von Angestelltengruppen aus dem ganzen Reiche zusammen.

Wie die Blätter aus Halle melden, ist das Gefangenenlager im Leunawerk aufgelöst worden, um die Wiederaufnahme der Arbeit zu ermöglichen. Mit einem Extrazug wurden 1000 Gefangene nach Wittenberg abtransportiert.

Nach Meldungen aus Helsingfors sind die Handelsbeziehungen zwischen Rußland und Finnland abgebrochen worden. Der Eisenbahnverkehr ist unterbrochen.

Alle Fragen und Streitigkeiten, die durch die Gebietsabtretung Niederschleswigs an Dänemark entstanden sind, werden Ende April in Verhandlungen erfolgen.

Stimmen aus dem Publikum.

Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

(Eingesandt.)

Die Teuerung.

War jüngst ein Metzgermeister
Zu Kamen in der Stadt,
Der senkte schon die Preise,
Wo's jeder noch nicht tat.

Hab' Dank, du lieber Meister
Für diese brave Tat,
Da mancher nicht kann fassen:
„Leben und leben lassen."

„Jedem das Seine", ein Preußenwort,
Das war unsrer Ahnen Losungswort.
So war es stets in deutschen Landen,
Die Völker des Erdballs uns wohl verstanden.

Wie endlich der Morgen die Nacht vertreibt,
Die Wahrheit zuletzt doch siegreich bleibt.
Wenn auch Geschäft des Lebens Inhalt ist,
Ein Deutscher nie dies Preußenwort vergißt.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 13. April. **Der Turnverein zu** [illegible] ladet zu einer Generalversammlung für heute, [illegible] abend, 8 Uhr bei Jordan ein. U. a. soll über [illegible]lage des elektrischen Lichtes beraten werden.

Kamen, 13. April. (Mieterschutzverein Kamen.) Samstag abend 8 Uhr findet bei Kümper eine **Versammlung statt, in der der** Geschäftsführer des **Mietervereins Essen über alle** die Mieter betreffenden Fragen reden **und Auskunft geben** wird. [illegible] Inserat.

A. W. in Kamen. Spritzen Sie Benzin oder Petroleum in die Bohrlöcher des Holzwurmes und kleben Sie dann die Löcher mit Paraffin zu. — Sie können auch ein flaches Schälchen mit Benzin füllen und dieses so aufstellen, daß die Dämpfe in die befallenen Gegenstände dringen können. Keinesfalls dürfen Sie dann das Zimmer mit Licht betreten oder in ihm ein Streichholz anzünden, da die Dämpfe sehr leicht zu brennen anfangen. — Weiße Federboas reinigen Sie, indem Sie in einer nicht zu kleinen Waschschüssel ein recht schaumiges Bad von weißer Seife machen und die Boa darin einige Minuten lang schwenken. Das Wasser ist so lange zu erneuern, bis es sauber bleibt. Dann hängen Sie die Boa in die Luft zum Trocknen. Zum Kräuseln streuen Sie etwas Salz auf ein gelindes Kohlenfeuer und drehen und wenden die Boa von allen Seiten. Nicht zu tief halten wegen der Ansengungsgefahr! Wenn es sich um wertvollere Sachen handelt, so empfehlen wir Ihnen, die Kosten für eine fachmännische Behandlung in einer Reinigungsanstalt nicht zu scheuen, ehe durch Unvorsichtigkeit etwas verdorben wird.

H. 209 in Bergkamen. Sie können von dem Besitzer des an den Graben grenzenden Grundstücks verlangen, daß dieser beim Umpflügen des Feldes das nachbarliche Besitztum respektiert. Wird durch das Pflugrad der Graben zerstört, so können Sie verlangen, daß der Nachbar den angerichteten Schaden beseitigt. Weigert er sich, so können Sie die Klage gegen ihn anstrengen.

Nr. 300 in Methler. Ihre Tochter würde, wenn die Erkrankung noch nicht behoben wäre, über die Dauer von 6 Wochen hinaus die erforderliche Pflege und ärztliche Behandlung haben beanspruchen können, weil die Krankheit durch grobe Fahrlässigkeit des Arbeitgebers herbeigeführt worden ist. Der Dienstherr hatte Ihrer Tochter auch bis zu deren Wiederherstellung den Lohn zu zahlen, weil, wie schon eingangs erwähnt, ein Verschulden des Arbeitgebers vorliegt. Die Kündigung hätte vom 15. zum 1. erfolgen können und der Lohn wäre bis zum 1. April zu zahlen gewesen, weil Ihre Tochter mit Rücksicht auf ihre Erkrankung keinen anderen Dienst annehmen konnte.

Kaufen Sie

Dixin von Henkel

bestes

Seifenpulver

Preis Mk. 2.25 das Paket.

Alleinige Fabrikanten:
Henkel & Cie., Düsseldorf.



Geschäfts-Haus

möglichst im Zentrum der Stadt, mit Hinterhaus und Gehraum zu kaufen gesucht.

Angebote unter **Z. 1000** an die Geschäftsstelle der Kamener Zeitung erbeten.

Phrenologin

(Handlesekunst).

Deutung auch nach Schriften und Photographien. Zum erstenmal in Kamen beim Wirt Dröge Donnerstag, den 14. bis 16. April, Sprechstunden von morgens 10 Uhr bis abends 9 Uhr.

1757 **Frau Wedemeyer.**

Saatkartoffeln

gelbfleischige Industrie eingetroffen. p1785

W. Neff,

Bahnhofstraße 23,
Telephon 122.

Ca. 100 Küchen u. Schlafzimmer

in nur guter Qualität äußerst preiswert auch bei geringer Anzahlung abzugeben

Möbelhaus W. Hagemeier jr.
Unna - Kamen.

1771

Aus Reichsbeständen sind im Kleinhandel

billige Salzheringe

erhältlich, die für

30—60 Pfennig das Stück

je nach Qualität und Größe. 1779

an das Publikum

abgegeben werden können.

Man verlange dies vollwertige Nahrungsmittel in den einschlägigen Geschäften. 5274

Salzherings-Einfuhr-Gesellschaft m. b. H. BERLIN. Reichsfischversorgung G. m. b. H.

Kleinbahn Unna—Kamen—Werne.

Fahrplan ab 15. April 1921.

Von Kamen (Betriebsbahnhof) nach Werne 4^{35} Uhr, 5^{25} Uhr (5^{10} Uhr (W) bis Nordberg), von Kamen Staatsbahnhof 6^{00} Uhr, 7^{00} Uhr, 7^{30} Uhr usw. alle ½ Stunde bis abends 8^{00} Uhr, 9^{00} Uhr, 9^{30} Uhr, 10^{30} Uhr (11^{00} Uhr bis Weiche Weber.)

Von Werne nach Bergkamen—Kamen—Unna 5^{25} Uhr, 6^{30} Uhr, 7^{00} Uhr, 8^{00} Uhr, 8^{30} Uhr usw. alle ½ Stunde bis abends 9^{00} Uhr, 10^{00} Uhr, 10^{30} Uhr, 11^{30} Uhr (von Schule Nordberg an Werktagen 5^{22} Uhr nach Kamen).

Von Kamen Staatsbahnhof nach Unna 4^{47} Uhr (W), 5^{51} Uhr, 6^{30} Uhr, 7^{00} Uhr usw., alle ½ Stunde bis abends 9^{30} Uhr, 10^{00} Uhr, 11^{00} Uhr.

Von Unna nach Kamen 5^{15} Uhr (W), 6^{30} Uhr, 7^{00} Uhr, 7^{30} Uhr usw., alle ½ Stunde bis abends 9^{30} Uhr, 10^{00} Uhr, 10^{30} Uhr, 11^{30} Uhr.

Die unterstrichenen Minutenzahlen bedeuten die Zeiten von 6^{00} Uhr abends bis 6^{00} Uhr morgens.

W an Werktagen.

1756

Extra billiges Angebot:

Damen-Mäntel	Mk.	195.-,	295.-, 395.-
Damen-Kostüme	Mk.	375.-,	475.-, 575.-
Damen-Röcke	Mk.	59.-,	79.-, 98.-
Damen-Blusen	Mk.	39^{75},	59^{75}, 79^{75}
Dirnd'l-Stoffe	Mir.	12^{75},	16^{75}, 19^{75}
Rohnessel	prima Ware Meter		8^{75}
Damen-Strümpfe alle Farben	Paar		6^{75}

Gebr. Keil, Kamen

Bahnhofstr. 57. 1778

Reinigen Färben
Umpressen
von Herren- u. Damenhüten, Stroh u. Filz
schnell und sehr billig.
E. Wette, Kamen,
Bahnhofstrasse 55. 1136

Café Conditorei **Schneider**

Bahnhofstraße 34. — Telephon 279.
(Haltestelle der Straßenbahn Unna u. Werne)

Der Neuzeit entsprechend eingerichtet. Angenehmer Aufenthalt. — Zum Ausschank gelangen nur erstklassige Weine und Liköre (Bols Liköre). Täglich Eis.

Bestellungen auf Torten und Eis werden zu allen Festlichkeiten prompt und pünktlich ausgeführt.

Billiges Angebot!

Ia. rein. Schweineschmalz	Pfd.	11.25
Ia. trockenen, durchwachsenen Speck	„	10.75
Ia. Margarine	„	8.00
Ia. helles Backöl	Liter	12.25
Ia. Kernseife	Doppelst. 250 gr	3.00
Ia. Rübenkraut	Pfund	2.75

Joh. Hüsten,
Weststr. 22. Weststr. 22.

Kukirol
beseitigt schnell, sicher und schmerzlos
Hühneraugen
Millionenfach bewährt. Schachtel M 3.- Hornhaut, Schwielen, Warzen.
In Apotheken u. Drogerien erhältlich.
Germania-Drogerie M. Jacobi.

(Staatsmedaille, gold. Ausstellungspreise)
PIANOS Flügel, Harmoniums
unübertroffen an Qualität und Preiswürdigkeit
mit Klangsteg D.R.G.M. 458 403 2te Fabrik Berlin S 42
Roth & Junius
Hof-Piano- u. Flügelfabrik Hamm i. W. Bahnhofstr. 29.

Fr. Brinkmann
begl. Vertreter von
Pastor Felkes Heilweise
Unna, Bahnhofstraße 49
Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 9 bis 6 Uhr. 77

Auf Teilzahlung
bei bequemen Abzahlungen
Herren- u. Burschen-Anzüge
Cutaways
Covercoats
Gummi-Mäntel
u. Manufakturwaren
Max Mischkowski,
Dortmund,
Steinstr. Nr. 60
Bequeme Abzahlung!
1754

Unnaer Linie
Pickel, Mitesser, Mitten verschwinden sehr schnell, wenn man abends den Schaum d. Zucker's Patent-Medizinal-Seife eintrocknen läßt. Schaum erst morgens abwaschen u. mit Zuckoh-Creme nachstreichen. Großartige Wirkung, v. Tausenden bestätigt. In allen Apothek., Drogerien, Parfümerie- u. Friseurgeschäften erhältlich



Mittwoch 1774 und Donnerstag prima frisches, fettes
Fleisch und Fleischwurst.
H. Jühe,
Schillstraße 1,
Telephon 274.

Suche ein oder zwei
Dienstmädchen
nach Düren (Rheinland) sofort. 1726
Auskunft
Dortmunderstr. 89.
Ordentliches p1744

Empfehle prima
frischen Fisch
zu sehr billigen Preisen.
Karl Becker
1780 Ostfr. 24.

Gut erhaltener p1784
Trumeaux-Spiegel u. Vertikow
wegen Platzmangel zu verkaufen.
Ang. Dieckhener, Methler, an der Hilfingsmühle.

Pianino
preiswert zu verkaufen.
Karl Ebel & Sohn,
1772 Unna.

Wachsamer p1776
Hund
(Foxterrier) zu verkaufen.
Hugo Treeß, Afferde Dorfstraße 13a.

Ein bis 2 spänner Fuhre
Dünger
sofort zu kaufen gesucht.
Angeb. an d. Gesch. d. Ztg. unter **1773** erbeten.

Mehrere 1781
Elektro-Monteure
gesucht, einige für Freileitung nach auswärts.
Schauerte u. Kuhne,
Elekro-Gesellschaft Kamen.

Mädchen,
für ganze oder halbe Tage gesucht. p1751
Frau Brast, Bahnhofstraße.

Eine
Wohnung
von 3—4 Zimmern mit Zubehör gesucht. p1765
Hohe Miete und eine Belohnung wird gezahlt.
Offert. unter Nr. 1771 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Großer, schwarzer
Dobbermann
entlaufen. Wiederbringer erhält Belohnung. p1755
Weststraße 19.

Schuhmacher sucht Stellung
Logis und Kost vorhanden. Zu erfragen in der Geschäftsstelle. 1763

Gabe in meinem Garten (Pachtland) für immer
Gift
gelegt. 1753
Otto Theimann, Oberaden 1035.

Wer ein



Haus, Kotten, Grundstück, Bauplatz
und dergl. zu kaufen oder zu verkaufen sucht, wird es durch eine kleine Anzeige in der Kamener Zeitung erreichen. Ausserordentlich zahlreich sind die Angebote, welche auf eine solche Anzeige stets eingehen.

Suche sofort ein ehrl.
Mädchen
von 14—15 Jahren für kleine Landwirtschaft.
Frau Boguslawski
1788 Niederaden Nr. 35.